

380-kV-Leitung - Das Versagen der Salzburger Landespolitik auf ganzer Länge

Medieninformation des Naturschutzbund Salzburg

26. Juli 2017

Anlässlich der Verhandlung der 380-kV-Leitung vor dem Bundesverwaltungsgericht in Wien wurde offenbar, dass bei der Salzburger Landespolitik weder ein Gestaltungswille noch die Wahrnehmung der Verantwortung für das Natur- und Kulturerbe erkennbar ist.

"*So passt man nicht auf sein Salzburg auf*", stellt der Vorsitzende des Naturschutzbundes Salzburg, Winfrid Herbst, fest.

Bei der Verhandlung wurde klar, dass wir an den Folgen einer konturlosen Naturschutzpolitik leiden, die jeglicher Auseinandersetzung aus dem Weg geht und somit riskiert, dass bei flächenwirksamen Projekten selbst wertvollste Kultur- und Naturlandschaften quasi schutzlos ausgeliefert sind. Angebotene Ersatzflächen an anderer Stelle oder gar die Vorschreibung von Geldbeträgen, die nunmehr nach einer Änderung des Naturschutzgesetzes möglich ist, schaffen keinen Ersatz für verloren gegangene Lebens- und Erholungsräume.

Es ist zugleich ein Offenbarungseid für die "*Feigheit der Salzburger Landespolitiker*" (Bgm. Johann Strasser, Eugendorf), dass alle bisherigen Versuche gescheitert sind, ökologisch hochsensiblen und für die Bevölkerung unverzichtbaren Bereichen wie dem Gaisberg-Nockstein-Gebiet, einen gesetzlichen Schutz zukommen zu lassen. Viele Vertreter von Bürgerinitiativen und Naturschutzorganisationen haben sich - bislang vergeblich - darum bemüht.

Ein deutliches Indiz für das jahrzehntelange Versagen der Raumordnungspolitik ist, wenn man sich nun daranmacht, wichtige Infrastruktur-Einrichtungen, wie eine 380-kV-Leitung, in bis jetzt noch wenig beeinträchtigte - sowohl für die (Tourismus-)Wirtschaft wie auch für die heimische Bevölkerung bedeutsame Naturlandschaften und Erholungsgebiete (vom Nockstein-Gaisberggebiet, über die Osterhorngruppe, den Pass Lueg, das Gainfeldtal, den Eschenauer Kogel und das Eingangsgebiet zum Nationalpark Hohe Tauern in Bereich Bruck/Fusch) abzuschieben.

Frau Prof. Christiane Brandenburg, Institut für Landschaftsentwicklung, Erholungs- und Naturschutzplanung an der Universität für Bodenkultur in Wien, kam in ihren Ausführungen vor dem Bundesverwaltungsgericht zum höchst umstrittenen 380-kV-Projekt zum Schluss: "*Der Eingriff in das Landschaftsbild ist nicht ersatzfähig*".

Dieser Erkenntnis sollten auch unsere politischen Vertreter und die fachlich zuständigen und kompetenten Beamten Taten (sprich: den landauf, landab eingeforderten Schutz der Lebensräume - sei es in Form von Geschützten Landschaftsteilen, Landschaftsschutzgebieten, Vogelschutzgebieten, Natura 2000-Gebieten oder zumindest durch Verzicht auf weitere schwere Eingriffe) folgen lassen.

Rückfragehinweis:

| naturschutzbund | Salzburg, Tel. +43 662 642909, Email: salzburg@naturschutzbund.at